

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

Entschuldigt fehlen die Gemeinderatsmitglieder Frau Mäusel, Frau Guist sowie Herr Dr. Ernstberger.

139 22 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

Genehmigung der Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen

140 22 Beschluss: 22 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2014, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

Haushalt 2015 (Empfehlungsbeschlüsse des Finanzausschusses)

- a) **Gewerbsteuerhebesatz 2015**
- b) **Grundsteuerhebesätze A und B 2015**
- c) **Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen, den Hort und die Kindertagespflege 2015**
- d) **Erhebung von Straßenausbaubeiträgen 2015**
- e) **Erhebung von Hundesteuer 2015**
- f) **Aufwendungs- und Kostenersatz bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr 2015**
- g) **Haushaltssatzung für das Jahr 2015**
- h) **Stellenplan für das Jahr 2015**
- i) **Haushaltsplan für das Jahr 2015**
- j) **Finanzplan für die Jahre 2014 bis 2018**

a) **Gewerbsteuerhebesatz 2015**

Der Entwurf des Verwaltungshaushalts 2015 hat die Basis von 50 Mio. € Gewerbesteueraufkommen. Unter Einbeziehung dieser Einnahmen ergibt sich eine Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von ca. 6,1 Mio. €. Durch den Abzug der Gewerbesteuerumlage verbleibt ein Nettosteueraufkommen in Höhe von ca. 39,5 Mio. €.

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Gewerbesteuer fließt mit 330 v. H. in die Umlagekraft 2015.

Mit Beschluss vom 03.11.2014, Nr.G015, empfiehlt der Finanzausschuss, den Hebesatz bei der Gewerbesteuer bei 330 v. H. zu belassen.

141 22 Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat beschließt, den Hebesatz bei der Gewerbesteuer weiterhin bei 330 v. H. zu belassen.

Az.: 9242
2.1

b) Grundsteuerhebesätze A und B 2015

Im Entwurf des Haushaltsplanes 2015 wird die Grundsteuer A und B jeweils mit dem Hebesatz 250 v. H. veranschlagt. Der Ansatz bei der Grundsteuer A beträgt 7.700 €, bei der Grundsteuer B 2,2 Mio. €.

Mit Beschluss vom 03.11.2014, Nr. G017, empfiehlt der Finanzausschuss, den Hebesatz bei den Grundsteuern A und B bei 250 v. H. zu belassen.

142 22 Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat beschließt, den Hebesatz bei den Grundsteuern A und B weiterhin bei 250 v. H. zu belassen.

Az.: 94241
2.1

c) Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen, den Hort und die Kindertagespflege 2015

Das Schreiben des Landratsamtes vom 26.02.1996 (Haushaltsgenehmigung 1996 und vom 09.02.2006 – haushaltsrechtliche Behandlung 2006) wird in Erinnerung gebracht, in dem auf Art. 62 Abs. 2 GO – Rangfolge der Einnahmebeschaffung – verwiesen wurde. Art. 62 GO gibt eine verbindliche Reihenfolge der Einnahmebeschaffung vor, die keinen Ermessensspielraum bietet. Auch die Tatsache, dass eventuell höhere Steuereinnahmen (insbesondere aus der Gewerbesteuer) eingehen, rechtfertigt keinen Verzicht auf Gebühren und Beiträge. Diese sind gemäß Art. 62 Abs. 2 GO vorrangig gegenüber Steuern und insbesondere gegenüber Kreditaufnahmen zu erheben.

Eine Kreditaufnahme ist im Finanzplan bis 2018 nicht vorgesehen.

Der Bürgermeister verweist auf den Gemeinderatsbeschluss vom 16.01.2014,

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nr. 1088, in dem der Gemeinderat zuletzt für das Haushaltsjahr 2014 auf die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Kindergärten, Kinderkrippen und den Hort weiterhin verzichtet hat.

Des Weiteren wird auf den Gemeinderatsbeschluss vom 12.10.2006, Nr. G772, verwiesen, in dem zugestimmt wurde, dass für alle Unterförhrieger Kindertageseinrichtungen die Trägerschaft auf die Arbeiterwohlfahrt übertragen wird, um die vollen Fördermittel auszuschöpfen. Die entgangenen Gebühren (Elternbeiträge) werden seitdem als freiwillige Leistung der Gemeinde an die Arbeiterwohlfahrt erstattet.

Mit Beschluss vom 03.11.2014, Nr. G016, spricht der Finanzausschuss eine Empfehlung für den Gemeinderat aus, für 2015 auf die Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen, den Hort und die Kindertagespflege weiterhin zu verzichten.

143 22 Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat beschließt, auf die Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen, den Hort sowie die Kindertagespflege in 2015 weiterhin zu verzichten.

Das Defizit – entgangene Elternbeiträge – übernimmt wie in den Vorjahren die Gemeinde als freiwillige Leistung für ihre Bürger.

Az.: 423
2.1; 1.1

d) Erhebung von Straßenausbaubeiträgen 2015

Der Bürgermeister verweist auf den Gemeinderatsbeschluss Nr. 241 vom 10.07.2003, in dem vom Erlass einer Satzung Abstand genommen wurde.

Mit Beschluss vom 03.11.2014, Nr. G012, empfiehlt der Finanzausschuss, von einem Erlass einer Straßenausbaubeitragssatzung weiterhin Abstand zu nehmen.

144 22 Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat beschließt, vom Erlass einer Straßenausbaubeitragssatzung weiterhin Abstand zu nehmen.

Az.: 9240
2.1

e) Erhebung von Hundesteuer 2015

Der Bürgermeister verweist auf den Gemeinderatsbeschluss vom 14.12.2000, Nr. 868, in dem der Erlass der Hundesteuersatzung zum 01.01.2001

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

beschlossen wurde, sowie auf den Beschluss vom 19.04.2012, Nr. 760, in welchem der Gemeinderat einer Neufassung der Hundesteuersatzung, gültig ab 01.05.2012, zugestimmt hat.

Mit Beschluss vom 03.11.2014, Nr. G013, empfiehlt der Finanzausschuss, die Erhebung von Hundesteuer weiterhin gemäß derzeitiger Satzung zu vollziehen.

145 22 Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat beschließt, die Erhebung von Hundesteuer weiterhin gemäß derzeitiger Satzung zu vollziehen.

Az.: 9243
2.1

f) Aufwendungs- und Kostenersatz bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr 2015

Nach Art. 28 Abs. 1 Satz 1 BayFWG steht es im Ermessen der Gemeinde, Aufwendungs- und Kostenersatz zu verlangen. Allerdings gelten Art. 61 und 62 GO, wonach auf eine wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung zu achten ist.

Der Bürgermeister verweist auf den Beschluss des Finanzausschusses vom 20.11.2006 zum Haushalt 2007, Nr. G71, in dem nach Vorliegen eines Erfahrungsberichts von der Erhebung eines Aufwendungs- und Kostenersatzes abgesehen wurde.

Mit Beschluss vom 03.11.2014, Nr. G014, empfiehlt der Finanzausschuss den weiteren Verzicht auf die Erhebung eines Aufwendungs- und Kostenersatzes bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr.

146 22 Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat beschließt, auf die Erhebung eines Aufwendungs- und Kostenersatzes bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr weiterhin zu verzichten.

Az.: 930
2.1

g) Haushaltssatzung für das Jahr 2015

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern ein Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2015 mit der Sitzungseinladung zugestellt wurde.

Mit Beschluss vom 25.11.2014, Nr.G030, empfiehlt der Finanzausschuss den

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Erlass der als Anlage beigefügten Haushaltssatzung für das Jahr 2015.

147 22 Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat beschließt den Erlass der im Entwurf beiliegenden Haushaltssatzung 2015 zum 01.01.2015.

-siehe Beilage-

Az. 9410
2.1

h) Stellenplan für das Jahr 2015

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern ein Entwurf des Stellenplanes für die Beamten und Beschäftigten als Anlage im Haushaltsplan 2015 mit der Sitzungseinladung zugestellt wurde.

Mit Beschluss vom 25.11.2014, Nr. G031, empfiehlt der Finanzausschuss, die Genehmigung des Stellenplanes für die Beamten und Beschäftigten für das Jahr 2015.

148 22 Beschluss: 22 : 0

Der beiliegende Stellenplan für die Beamten und Beschäftigten für das Jahr 2015 wird genehmigt.

-siehe Beilage-

Az.: 030/941
0.2; 2.1

i) Haushaltsplan für das Jahr 2015

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern ein Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2015 mit der Sitzungseinladung zugestellt wurde.

Mit den Beschlüssen vom 25.11.2014, Nr. G028 und G029, empfiehlt der Finanzausschuss, die Genehmigung der Entwürfe für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalts für das Jahr 2015.

149 22 Beschluss: 22 : 0

Verwaltungshaushalt

Der Entwurf des Verwaltungshaushalts 2015, der in den Einnahmen und Ausgaben mit 78.868.643 € abschließt, wird genehmigt.

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Vermögenshaushalt

Der Entwurf des Vermögenshaushalts 2015, der in den Einnahmen und Ausgaben mit 82.125.860 € abschließt, wird genehmigt.

Az.: 9410
2.1

j) Finanzplan für die Jahre 2014 bis 2018

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern ein Entwurf des Finanzplanes für die Jahre 2014 bis 2018 zugestellt wurde. Der Finanzplan wird erläutert.

Mit den Beschlüssen vom 25.11.2014, Nr. G032 und G033, empfiehlt der Finanzausschuss, die Genehmigung des Entwurfes der Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2018. Der Finanzplan mit den zugrunde liegenden Zahlen wurde umfassend diskutiert.

150 22 Beschluss: 14 : 8

Der Gemeinderat beschließt den im Entwurf vorgelegten Finanzplan für die Jahre 2014 bis 2018, der jeweils in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ist, mit folgenden Abschluss-Summen:

2014: 146,58 Mio. €

2015: 160,99 Mio. €

2016: 130,06 Mio. €

2017: 95,42 Mio. €

2018: 95,35 Mio. €

Az.: 9430
2.1

Bürgerhaus Unterföhring; geplante Umbaumaßnahmen zur Verbesserung der Raumsituation (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)

Der Bürgermeister gibt an den Empfehlungsbeschluss des Jugend- und Kulturausschusses vom 02.10.2014, Nr.G11, bekannt und bringt den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 16.12.2014, Nr. G31, in Erinnerung. In dem folgendes beschlossen wurde:

- Einziehung einer Trennwand im hinteren Bereich der Garderobe im 1. OG, um einen zusätzlichen Lagerraum mit ca. 10 m² zu schaffen. (Kostenschätzung 3.000,- € brutto),

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Der Einbau einer Abgrenzung in der Tiefgarage um zusätzlichen Raum (16,56 m²) für die Einlagerung von Tischen und Stühlen aus dem Mietpartyraum zu gewinnen kann nur mit hohem finanziellen Aufwand (ca. 10.000 €) realisiert werden. Hier sind entsprechende Vorschläge auszuarbeiten.
- Einbau einer Abgrenzung (evtl. Stahlgitter mit Sichtschutz) in der Tiefgarage mit einer Fläche von ca. 20 m² für die Einlagerung einer Kehrmaschine und Leitern (Kostenschätzung 6.000,-€ brutto)
- Die Verlagerung des bisherigen Müllraums im Erdgeschoss (ca. 16 m²) in den Außenbereich an geeigneter Stelle mit einer entsprechenden Müllhauskonstruktion (Stahl, Anpassung der Bodenbeläge und Zuwegungen etc.) östlich der Tiefgarageneinfahrt (Kostenschätzung 40.000,- € brutto ohne Konfiskatkühlung).

Die hier erforderlichen Haushaltsmittel von 60.000,-€ brutto sind in 2015 bereitzustellen. Sollte eine Konfiskatkühlung (ca. 2.000,-€ brutto) erforderlich werden, sind die entstehenden Kosten ebenfalls bereitzustellen. Derzeit besteht eine 120 Liter Tonne für Lebensmittel.

Gleichzeitig erläutert der Erste Bürgermeister nochmals kurz den Sachstand. Seit Jahren fehlen dem Bürgerhaus ausreichende Räumlichkeiten, die als Lagerstätten für das Equipment der Haus- und Bühnentechnik verwendet werden könnten. Auch kommt es seit der Eröffnung des Restaurants – insbesondere im Sommer – immer wieder zu einem Geruchsproblem durch die im Innenbereich des Bürgerhauses liegenden Müllräume.

Sollte die Umsetzung der Ziffer 2 - Einbau einer Abgrenzung in der Tiefgarage um zusätzlichen Raum (16,56 m²) für die Einlagerung von Tischen und Stühlen aus dem Mietpartyraum zu gewinnen – umgesetzt werden müssen, ist eine Ausnahme bzgl. Art. 2 Abs. 8 der Bayerischen Bauordnung (es dürfen keine brennbaren Gegenstände in Tiefgaragen eingelagert werden) zu beantragen. Außerdem wird hier ein hoher finanzieller Aufwand notwendig und die genehmigte Anzahl von TG-Stellplätzen würde dadurch verringert und müssten an anderer Stelle nachgewiesen und hergestellt werden.

In Abstimmung mit der Kulturamtsleitung, Frau Hellmann, vom 07.01.2015 kann nach nochmaliger Prüfung im Fall der Ziffer 2, auf dessen Umsetzung derzeit noch verzichtet werden, da die erforderliche Einlagerung von Tischen und Stühlen aus dem Mietpartyraum im neuen Lagerraum im EG (noch als Müllraum genutzt) vorgenommen werden kann.

151 22 Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat stimmt folgenden Maßnahmen zur Verbesserung der jetzigen Raumsituation im Bürgerhaus zu. Die Maßnahmen sind in 2015 seitens des Kulturamtes wie folgt durchzuführen:

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

1. Einziehung einer Trennwand im hinteren Bereich der Garderobe im 1. OG, um einen zusätzlichen Lagerraum mit ca. 10 m² zu schaffen. (Kostenschätzung ca. 3.000,- € brutto).
2. Der Einbau einer weiteren Abgrenzung in der Tiefgarage um zusätzlichen Raum (16,56 m²) für die Einlagerung von Tischen und Stühlen aus dem Mietpartyraum zu gewinnen, wird bis auf weiteres zurückgestellt. Die erforderliche Einlagerung von Tischen und Stühlen aus dem Mietpartyraum ist im neuen Lagerraum im EG (noch als Müllraum genutzt) vorzusehen.
3. Einbau einer Abgrenzung (evtl. Stahlgitter mit Sichtschutz) in der Tiefgarage (zwei KFZ-Stellplätze im südlichen Bereich der TG) mit einer Fläche von ca. 20 m² für die Einlagerung von u.a. Kehrmaschine, Laubsauger, Hubwagen, Rasenmäher, Hochdruckreiniger und Leitern (Kostenschätzung ca. 6.000,-€ brutto).
4. Die Verlagerung des bisherigen Müllraums im Erdgeschoss (ca. 16 m²) in den Außenbereich an geeigneter Stelle mit einer entsprechenden Müllhauskonstruktion (Stahl, Anpassung der Bodenbeläge und Zuwegungen etc.) östlich der Tiefgarageneinfahrt (Kostenschätzung ca. 40.000,- € brutto ohne Konfiskatkühlung).

Die hier erforderlichen Haushaltsmittel von rund 50.000,-€ brutto sind in 2015 bereitzustellen.

Az.: 610/3,
3.4, 3.1, 4, 2

Antrag des Fördervereins Soziale Dienste Unterföhring e. V. (FSD) auf Zahlung eines jährlichen Zuschusses

Mit Schreiben vom 17.10.2014 bittet der Förderverein Soziale Dienste Unterföhring e. V. um einen freiwilligen Zuschuss in Höhe von 1,25 € je Unterföhringer Bürger.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 13.11.2014, Nr. 121, den Antrag behandelt und entschieden, diesen für eine abschließenden Behandlung zunächst solange zurückzustellen, bis ein überarbeiteter Wirtschaftsplan des FSD vorliegt.

Dieser detailliertere Wirtschaftsplan mit ergänzenden Erläuterungen wurde am 28.12.2014 in der Verwaltung vorgelegt und ist mit der Sitzungseinladung an die Mitglieder des Gemeinderates übermittelt worden.

Der Erste Bürgermeister erinnert an die vorhergehenden Anträge vom 26.03.2012 und 02.09.2013, die mit Gemeinderatsbeschlüssen vom 19.04.2012, Nr. 765 und vom 14.11.2013, Nrn. 1053 und 1054 mehrheitlich abgelehnt wurden.

Die damaligen Abstimmungen erfolgten ohne Gemeinderatsmitglied Herrn Dr. Ernstberger wegen persönlicher Beteiligung. Die damaligen Gemeinderatsbeschlüsse sind den Mitgliedern des Gemeinderates vorab

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

übermittelt worden.

Der Förderverein legt im neuen Zuschussantrag das Leistungsprogramm des Vereins detailliert dar. Die zuschusswürdigen Betreuungsleistungen stehen allen Gemeindebürgern offen. Hierbei wird gesondert auf die Hilfen in Form von Hausbesuchen, Essensversorgungen, Fahrangeboten, Begleit- und Besuchsdiensten verwiesen. Ebenfalls stellt der Verein die Tätigkeit für Trauercafés, Kurzausflüge mit gezielter Betreuung, diverse Fachberatungen und Kummerkasten heraus.

Diese Leistungen werden neben den ehrenamtlichen Mitarbeitern/innen mit zwei Bürokräften (auf 450 Euro-Basis) erledigt.

Die bisherige komplette Finanzierung erfolgt über Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Verein alle bisher überlassenen Räumlichkeiten der Gemeinde unentgeltlich erhält.

Nach umfangreicher Diskussion stellt das Gemeinderatsmitglied Herr Ebert einen Antrag zur Geschäftsordnung und bittet, die Rednerliste zu schließen. Zu diesem Zeitpunkt war noch eine Wortmeldung von Gemeinderatsmitglied Herrn Schwarz vermerkt.

152 21 Beschluss: 22 : 0

Dem Antrag des Gemeinderatsmitglieds Herrn Ebert, die Rednerliste zu diesem TOP zu schließen, wird zugestimmt. Mit der zu diesem Zeitpunkt vermerkten Wortmeldung des Gemeinderatsmitglieds Herrn Schwarz wurde die Aussprache beendet.

153 21 Beschluss: 13 : 8

In Anerkennung der verschiedenen Leistungen für die Unterföhringer Bürger wird dem Förderverein Soziale Dienste Unterföhring e. V. ab 01.01.2015 für die nächsten drei Jahre ein freiwilliger Zuschuss in Höhe von 1,25 € pro Einwohner am 28.02. des jeweiligen Jahres gewährt. Es ist jeweils ein Wirtschaftsplan vorzulegen.

Entsprechende Mittel sind im Haushalt einzuplanen.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Michal hat wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49 Bayerische Gemeindeordnung) an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Az.: 4031
2.1

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Tagespflegeplätze im Hillebrandhof Ismaning für Unterföhringer BürgerInnen; Weiterführung der Vereinbarung

Gemäß Beschluss des Gemeinderats vom 13.12.2012, Nr. 881, wurden drei Tagespflegeplätze im Hillebrandhof in Ismaning für Unterföhringer Bürgerinnen und Bürger bis Ende 2014 verlängert; entsprechende finanzielle Mittel wurden eingeplant.

Der Beschluss wird in Erinnerung gebracht.

Derzeit werden fünf Unterföhringer Einwohner im Hillebrandhof in der Tagespflege betreut, wobei die Belegung sich wie folgt darstellt:

- 1 mal für 4 Tage pro Woche
- 2 mal für 3 Tage pro Woche
- 2 mal für 1 Tag pro Woche.

Mit den drei Vollzeitplätzen im Hillebrandhof ist der Bedarf an Tagespflege somit derzeit abgedeckt.

Nachdem der Gemeinderat die Erarbeitung eines neuen Seniorenkonzepts in seiner Sitzung am 09.10.2014, Nr. 93, beschlossen hat, eine schnelle Realisierung eigener Tagespflegeplätze in Unterföhring im Rahmen dieses Konzeptes aber noch Zeit in Anspruch nimmt, wird vorgeschlagen, erneut die drei Plätze bis zunächst 31.12.2015 zu verlängern.

Die Nachbarschaftshilfe Ismaning (Trägerin) hat sich bereits positiv geäußert und würde wieder drei Tagespflegeplätze anbieten, bei Bedarf und Verfügbarkeit auch mehr.

Für die Tagespflege der Nachbarschaftshilfe Ismaning e. V., Sozialzentrum, wurden in 2013 (12 Monate) 19.452,00 € ausgegeben.

In 2014 (11 Monate ohne Dezember) wurden 19.964,00 € ausgegeben.

154 22 Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat legt fest, dass zunächst bis Ende 2015 die drei bisherigen Tagespflegeplätze für Unterföhringer Bürgerinnen und Bürger im Hillebrandhof Ismaning weiterhin aufrechterhalten werden.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Vereinbarung mit der zuständigen Nachbarschaftshilfe zu verlängern.

Entsprechende Haushaltsmittel werden für 2015 zur Verfügung gestellt.

Az.:

1, 2;

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag der Evang.-Luth.- Kirchengemeinde auf Bezuschussung der Orgelreparatur

Der Bürgermeister bringt das Schreiben der Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde vom 01.12.2014 zur Kenntnis, mit dem ein Antrag auf Bezuschussung der Orgelreparatur in der Rafaelkirche Unterföhring gestellt wird.

Das Antragsschreiben ist den Mitgliedern des Gemeinderats vorab übermittelt worden.

Zur Begründung wird angeführt:

An dem 30 Jahre alten Instrument zeigen sich Probleme mit dem elektrischen Orgelgebläse. Bei einer Durchsicht kam der Münchner Orgelbaumeister Führer zu dem Ergebnis, dass der Motor des Orgelgebläses nach kurzer Zeit heiß wird. Es bestehe Brandgefahr, das Bauteil müsse daher erneuert werden.

Er schlug deshalb vor, gleichzeitig mit dieser Reparatur eine Generalüberholung und Reinigung des Orgel-Innenlebens vorzunehmen. Die Kosten belaufen sich auf rund 4.200 € inklusive Mehrwertsteuer.

Das Angebot und die Kostenübersicht der Orgelbaufirma liegen diesem Antrag bei und ist den Mitgliedern des Gemeinderates ebenfalls vorab übermittelt worden.

Die Verwaltung schlägt vor, die Kosten für die Reparatur gemäß dem Angebot zu übernehmen, d.h. mit 4.200 € brutto zu bezuschussen. Die überplanmäßige Ausgabe ist bei der Haushaltsstelle 3700.9870 zu verbuchen.

155 21 Beschluss: 21 : 0

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der Evang.-Luth.- Kirchengemeinde auf Bezuschussung der Orgelreparatur zu und unterstützt die erforderliche Maßnahme mit einem Zuschussbetrag i. H. v. 4.200 € brutto.

Nach Reparaturabschluss ist die Rechnung der Gemeinde vorzulegen.

Die überplanmäßige Ausgabe wird genehmigt. Die entsprechenden Haushaltsmittel werden auf der Haushaltsstelle 3700.9870 zur Verfügung gestellt.

Herr Prieler hat bei diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Az.: 332
2.1

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag des TSV Unterföhring auf Erweiterung des Kraftraums im Altbau des Sportzentrums

Der Antrag des TSV Unterföhring wurde den Mitgliedern des Gemeinderates übermittelt.

Der TSV Unterföhring beantragt mit Schreiben vom 16.10.2014 die Erweiterung des Kraftraums im Altbau des Sportzentrums mittels Durchbruch in den bisherigen Schulungsraum.

Der Antrag wird wie folgt begründet:

Der Kraftraum wurde in den 80er Jahren mit der Planung der 3-fach-Halle konzipiert. Damals hatte Unterföhring ca. 5000 Einwohner und der TSV Unterföhring ca. 500 Mitglieder. Mit der mehr als Verdreifachung des Mitgliederstandes stieg natürlich auch die Nachfrage auf Nutzung dieser Einrichtung.

Erläuterung:

- Bis zu 17 Personen teilen sich im Moment einen Raum von 57 m².
- Der Raum ist vollgestellt mit Fitnessgeräten und nur maximal die Hälfte der anwesenden Personen kann die Gerätschaften nutzen.
- Mit einem Durchbruch könnte der Rest weitere 41,6 m² für Fitnessübungen ohne Geräte nutzen.
- Der Schulungsraum bleibt für seine ursprüngliche Nutzung bestehen, da er nur partiell durch den TSV genutzt wird.
- Für umfangreichere Schulungen steht allen der große TSV-ZBV-Raum im Neubau zur Verfügung.

Seitens der Verwaltung wurde für die Durchführung der Baumaßnahme eine erste Grobkostenschätzung mitgeteilt die im sechsstelligen Bereich lag. Bei dieser Grobkostenschätzung wurden alle möglichen Eventualitäten einbezogen. Hier wurde die Annahme getroffen, u.a. die komplette Wand zu entfernen. Hierzu würden insbesondere Grobkosten für die Statik (Deckenkonstruktion), den Brandschutz (Erhöhung der anwesenden Personenanzahl in einem Raum), die Gebäude-Leittechnik (evtl. Verlegung der Lüftungskanäle) Prüfung des Fassadenelements, Anpassung des Fußbodenbereiches für die Entscheidungsfindung im Gremium ermittelt.

Aus der Mitte des Gremiums wurde angeregt, eine Maßnahme auszuarbeiten, die einen geringstmöglichen Umfang für die bauliche Maßnahme zur Erweiterung des Kraftraums beinhaltet.

Hier wäre eine Wandöffnung mit ca. 2 m x 2 m für einen Durchgang vorstellbar. Dabei würden keine weiteren Eingriffe in die vorhandene Bausubstanz oder Gebäudetechnik vorgenommen.

Eine erste Kostenabschätzung der Verwaltung ergibt für diese Maßnahme, einen Investitionsaufwand von ca. 10.000,- € bis 20.000,- € brutto. Die hierfür benötigten Haushaltsmittel müssten vom Gremium genehmigt werden, da keine Haushaltsmittel für 2015 angemeldet wurden. Weiter wurde angeregt,

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

das Ergebnis, der derzeit stattfindenden Abfrage bei allen Unterföhringer Sportvereinen und der VHS für das Gesamtkonzept der Hallenbelegungen (Gemeinderatsbeschluss vom 09.02.2012, Nr. 731) zu berücksichtigen. Sollten sich dabei freiwerdende Nutzungsflächen (z.B. Taekwondo belegt die ehemalige Ringerhalle in der Dreifachturnhalle) ergeben, wäre zu prüfen ob sich hier Alternativen (Verlegung des Kraftraumes etc.) zur beantragten Erweiterung ergeben könnten. Dem Gremium wurde ein Lageplan der bestehenden Dreifachturnhalle an der Jahnstraße (Erdgeschoss) zugestellt.

156 22 Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des TSV Unterföhring auf Erweiterung des Kraftraums im Altbau des Sportzentrums dem Grunde nach zu. Dabei wird ein Durchbruch der Zwischenwand von ca. 2 m x 2 m geschaffen. Weitere Eingriffe in die vorhandene Bausubstanz oder Gebäudetechnik werden nicht vorgenommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Realisierung erforderlichen Schritte einzuleiten und entsprechend zu beauftragen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel für die Erweiterung des Kraftraumes im Altbau des Sportzentrums in Höhe von 20.000,00 € (brutto) werden genehmigt und für 2015 zur Verfügung gestellt.

Az.: 5212
4, 3, 2

Antrag des TSV Unterföhring auf Erweiterung des Beach-Volleyballplatzes im Sportzentrum Unterföhring zu einem Multifunktionssandplatz

Der Antrag des TSV Unterföhring sowie ein Lageplan für die mögliche Erweiterungsfläche wurde den Mitgliedern des Gemeinderates übermittelt.

Der TSV Unterföhring beantragt mit Schreiben vom 16.10.2014 die Erweiterung des vorhandenen Beach-Volleyballplatzes am Sportzentrum Unterföhring, zu einem Multifunktionssandplatz, auf die mindestens 3-fache Größe des jetzt vorhandenen.

Der Antrag wird wie folgt begründet:

Als mittelgroßer Sportverein, versucht der TSV Unterföhring seinen Mitgliedern immer ein zeitgemäßes Sportangebot zu bieten. Der Trend der vergangenen Jahre zeigt, dass auf Sand nicht nur vielen Ballsportarten eine neue Ära beschert wurde, sondern auch im Gesundheits- und Seniorensport zukunftsweisend neue Wege beschritten werden. Der bereits vorhandene Platz wird von der Volleyballabteilung intensiv genutzt aber spätestens nach dem Olympiasieg von Brink / Reckermann gehört das 'Beachen' und damit verbundene Turniere zu jedem Verein, der eine richtungsweisende

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Volleyballabteilung führt. Um all diesen Faktoren zu entsprechen, ist der bestehende Platz schlichtweg zu klein.

Eine erste Kostenabschätzung der Verwaltung ergibt einen Investitionsaufwand von ca. 150.000 € – 200.000 € (Bodenaustausch, Einfriedung/Einzäunung, evtl. Beleuchtungsanlage etc.).

Wie bereits im Vorfeld der heutigen nichtöffentlichen Sitzung angekündigt, hat der Vorsitzende des Vereins Mehr Spielraum für Kinder e.V., Herr Karl Klietsch, einen Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt eingereicht. Der Antrag wurde den Mitgliedern des Gemeinderates als Tischvorlage vorgelegt. Herr Klietsch bittet hierbei die Belange seines Vereins bzw. der Kinder- und Jugendfarm als unmittelbarer Nachbar des geplanten Beach-Volleyballplatzes zu berücksichtigen. Die östliche Fläche der Kinder- und Jugendfarm könnte in Teilen als Erweiterungsfläche in Betracht kommen. Um eine mögliche Konfliktsituation vermeiden zu können, bittet Herr Klietsch um vorherige Abstimmung mit allen Beteiligten.

157 22 Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des TSV Unterföhring auf Erweiterung des vorhandenen Beach-Volleyballplatzes am Sportzentrum Unterföhring, zu einem Multifunktionssandplatz, auf die mindestens 3-fache Größe des jetzt vorhandenen, dem Grunde nach zu. Auf Grund der heute eingegangenen Bitte des Vereins Mehr Spielraum für Kinder e.V. ein gemeinsames Bebauungs- und Nutzungskonzept zu erörtern, sind vor einer Realisierung, die Wünsche und Anregungen des Vereins Mehr Spielraum für Kinder e.V. bei der Umsetzung miteinzubeziehen und gemeinsam mit dem TSV Unterföhring abzustimmen.

Die Haushaltsmittel für die Erweiterung des vorhandenen Beach-Volleyballplatzes am Sportzentrum Unterföhring, zu einem Multifunktionssandplatz, auf die mindestens 3-fache Größe des jetzt vorhandenen werden genehmigt und für 2015 zur Verfügung gestellt.

Az.: 5210
4, 3, 2

158 22 **Behandlung von Anträgen aus der Bürgerversammlung von 2014**

Der Bürgermeister erinnert an die Bürgerversammlung vom 22.10.2014.

Vor Beginn der Bürgerversammlung gingen bei der Gemeindeverwaltung insgesamt zwei Anträge ein:

1. Jeder Haushalt in Unterföhring soll die Unterföhringer Ortsnachrichten kostenlos erhalten.
2. Senkung der Grundsteuer B

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag Nr. 1 wurde bereits vor der Bürgerversammlung vom Antragsteller zurückgezogen, der zweite Antrag wurde vom Bürgermeister in der Bürgerversammlung verlesen und anschließend behandelt. Des Weiteren wurden während der Bürgerversammlung verschiedene Anfragen gestellt und Wünsche geäußert, ein weiterer Antrag wurde im Verlauf der Bürgerversammlung nicht gestellt.

In der Bürgerversammlung vom 22.10.2014 wurde somit über einen Antrag abgestimmt.

Dieser Antrag (Senkung der Grundsteuer B) fand keine Mehrheit.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass dem Gemeinderat somit aus der Bürgerversammlung keine Empfehlung zur Behandlung vorgelegt wurde.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Az.: 6313

1, 0

Bekanntgaben und Anfragen

Bekanntgaben:

- Antrag der Fraktion Bündnis 09/DIE GRÜNEN
Der Vorsitzende gibt bekannt, dass von der Bündnis 09/DIE GRÜNEN mit Datum vom 13.11.2014 ein Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung gestellt wurde. Hierbei soll konkret der § 3 Abs. 5 der Geschäftsordnung dahingehend geändert werden, dass es einzelnen Gemeinderatsmitgliedern möglich sei, in der Gemeindeverwaltung im Rahmen ihres Aufgabenbereiches ein generelles Recht auf Akteneinsicht zu erhalten. Dieser Antrag wird noch Prüfung und Vorbereitung durch die Verwaltung in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen behandelt.
- Antrag der PWU-Fraktion
Der Vorsitzende gibt bekannt, dass von der PWU-Fraktion mit Datum vom 12.01.2015 ein Antrag zum Bau von Eigentumswohnungen im Einheimischen Modell an der Aschheimer Straße eingegangen ist. Dieser Antrag wird noch Prüfung und Vorbereitung durch die Verwaltung in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen behandelt.
- Entsorgerwechsel bei der Abfuhr der Gelben Tonnen und der Gelben Säcke
Bei der letzten Ausschreibung der Dualen Systeme (für den Zeitraum 01.01.2015 bis zum 31.12.2017) hat die Firma RMG die Ausschreibung für den ganzen Landkreis München gewonnen. Der bisherige Entsorger, die Firma Remondis, musste deshalb bis zum 08.01.2015 alle ihre Gelben Tonnen im Gemeindegebiet abziehen. Zeitgleich sollte der neue Entsorger, die Firma RMG, die Gelben Tonnen im

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemeindegebiet bereitstellen.

Leider hat sich dabei herausgestellt, dass die Dualen Systeme nur eine sehr fehlerhafte Tonnenliste von Unterföhring besitzen in denen nicht alle vorhandenen Gelben Tonnen erfasst sind. Aus diesem Grund hat der neue Entsorger einige Tonnen nicht ausliefern können, was natürlich zu Irritationen in der Bevölkerung führte. Zahlreiche Bürger wendeten sich daraufhin an die Gemeinde mit der Bitte um Unterstützung. Deshalb wird in Zusammenarbeit mit der neuen Entsorgungsfirma derzeit versucht, alle bisher aufgestellten Tonnen zu erfassen, damit sie möglichst bis Ende Januar nachgeliefert werden können. Die Bürger werden gebeten, bis dahin ihre Verpackungsabfälle in den Gelben Säcken bereitzustellen, die von der Firma RMG Anfang Dezember verteilt wurden.

Die Dualen Systeme bitten für die auftretenden Anfangsschwierigkeiten um Verständnis und um Mithilfe durch Meldung der noch fehlenden Gelben Tonnen.

- Vergabe für die gemeindeeigenen Mietwohnungen am Germanenweg; Bekanntgabe des Ergebnisses des öffentlichen Ausschreibungsverfahrens

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 13.11.2014 die Eckpunkte für die Vergabe der 40 gemeindeeigenen Wohnungen am Germanenweg beschlossen. Mit der geplanten Fertigstellung voraussichtlich im 2. Quartal 2015 gehen die 40 Mietwohnungen (Hauszeilen 10 und 15) mit Tiefgaragen nördlich der Aschheimer Straße in die Mietverwaltung der Gemeinde Unterföhring über.

Die insgesamt 40 Mietwohnungen wurden durch die Verwaltung am 14.11.2014 zur Vergabe öffentlich ausgeschrieben. Die Bewerbungsfrist lief bis zum 17.12.2014.

Insgesamt wurden durch die Verwaltung 367 Anträge ausgegeben. 308 Anträge wurden fristgerecht bis zum 17.12.2014 eingereicht. 5 Anträge wurden verfristet, nach dem 17.12.2014, abgegeben. Aufgrund der Beschlussfassung, dass jeder Wohnungsinteressent drei Bewerbungen einreichen konnte, stehen für die Wohnungs- und Sozialausschusssitzungen am 28.01.2015 und 29.12.2015 insgesamt 892 Bewerbungen aus 308 Anträgen zur Disposition an.

- Gemeindeeigene Wohnanlage an der Fichtenstraße; Sachstandbericht zur Realisierung von Aufzugsanlagen

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 08.11.2012, Nr. 851 und vom 12.09.2013, Nr. G968, sowie den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 28.01.2014, Nr. 478, in Erinnerung. Ferner wird durch den Bürgermeister auf die Bekanntmachung im Gemeinderat vom 13.02.2014 sowie auf die letzte Beschlussfassung des Gemeinderates vom 11.12.2014, Nr. G122 erwiesen.

Auf Grund der Anregungen aus der Gemeinderatsvorinformation am

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

08.12.2014, dass die umlagefähigen Modernisierungskosten konkret auf 1% zu reduzieren sind, wird die Verwaltung beauftragt, vor einer Mieterinformation (Veranstaltung oder auch schriftlich), eine schriftliche Stellungnahme des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes und der Rechtsaufsicht hierzu einzuholen. Dabei ist der vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband eingebrachte Hinweis, dass die Gemeinde im „Einzelfall“ (d.h. jeder einzelne Mietvertrag) von den angemessenen Mieten absieht und die Gründe (soziale Kriterien) für Ausnahmen „nachvollziehbar“ dokumentiert werden müssen.

Die schriftliche Stellungnahme des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes liegt bis dato der Verwaltung nicht vor.

Anfragen:

Gemeinderat Herr Ilmberger berichtet davon, dass der Einwurf in den neuen großen Container im Wertstoffhof schwierig sei und ein Tritt zum Erreichen der obersten Kante Hilfe bieten würde. Zudem würden viele Krähen den offenen Container anfliegen.

Herr Kapfenberger kündigt an, die Thematik an die beauftragte Firma (Duales System) weiterzugeben und prüfen zu lassen, ob ein Tritt sowie ein Deckel an dem Container angebracht werden können.

Gemeinderätin Frau Schödl fragt an, warum der Ortsbus mit dem herkömmlichen Antrieb nunmehr auch sonntags fahre.

Herr Bürgermeister weist auf die bestehende Beschlusslage hin, wonach der Ortsbus auch sonntags angeboten werden soll. Die angestrebte technische Umstellung auf Elektrobusse scheidet noch aus, da diese Technik noch nicht ausgereift ist. Ähnlich verhält es sich bei der Hybridtechnik; hier werden zwar Busse produziert, diese sind jedoch so anfällig, dass funktionsfähige Busse nicht bereitgestellt werden können.

Herr Bürgermeister informiert ergänzend über ein vorgesehenes Gespräch mit dem MVV, bei dem die speziellen Unterföhringer Rahmenbedingungen diskutiert werden.

Gemeinderat Herr Läßing regt an, die Zugänge an den Häusern der Fichtenstraße Nrn. 1 – 55 mit Handläufen nachzurüsten, so wie sie bei der Haus-Nr. 13 bereits bestehen.

Gemeinderat Herr Axenbeck fragt an, ob für Vereine das Aufstellen eines Festzeltes auf dem Bürgerfestplatz nach wie vor möglich sei. Herr Bürgermeister informiert, dass die Verwaltung die Beschlusslage prüfe und weist gleichzeitig auf einen vorliegenden Antrag des

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gewerbeverein Unterföhring hin, der die Aufstellung eines Zeltbes beantragt habe. In diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat, sollte eine zeitliche Befristung für das Aufstellen eines Zeltbes auf dem Bürgerfest vorliegen, über die Verlängerung dieser Option beraten und entscheiden können.

Gemeinderat Herr Schwarz fragt an, warum der abgestellte Werbeanhänger an der Münchner Straße / Zufahrt Föhringer Ring noch nicht entfernt werden konnte.
Herr Kipp informiert, dass die Meldung bereits an das Landratsamt München weitergegeben wurde und sichert eine erneute Nachfrage zu.

Gemeinderat Herr Prieler fragt an, warum sich im Bereich der FeringasträÙe sowohl vor dem Aldi als auch am Marktkauf insgesamt zwei Bushaltestellen befinden und regt an, auf eine von beiden zu verzichten.

Herr Kapfenberger erläutert, dass eine zweite Haltestelle aufgrund der damaligen Linienführung des Busses 55 errichtet wurde. Der MVV werde über die Anregung informiert und gebeten, den Wegfall der Haltestelle am Aldi zu prüfen.

Gemeinderat Herr Guist weist darauf hin, dass durch den Einsatz der großen Busse auf der Ortsbuslinie beispielsweise in der Föhringer Allee oftmals Stauungen entstehen, weil die Busse gerade bei Gegenverkehr kaum um die Kurven kämen.
Herr Kapfenberger informiert, dass die Thematik zur Prüfung an den MVV weitergegeben werde.

Nachdem keine Anfragen aus der Mitte des Gremiums gestellt werden schließt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung um 22:15 Uhr und bedankt sich bei den Zuhörern und den Mitgliedern des Gemeinderates und wünscht ein schönen Abend.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Lothar Kipp
Schriftführer

09. Sitzung des Gemeinderates vom 15.01.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss
